



BLTV: Inhalte fördern! Es geht um die Demokratie!

- *Medienstaatsvertrag versagt bei Stabilisierung lokaler Medien*
- *Politik schaut Sendersterben tatenlos zu, allein Brandenburg agiert*

Berlin, 17.12.2019. Der Bundesverband Lokal-TV (BLTV) fordert die zügige Umsetzung von Förderungen von Programminhalten im lokalen und regionalen Fernsehen.

Medienstaatsvertrag versagt bei geplanter Förderung von lokalen Inhalten

Die von der Medienpolitik angekündigte Änderung des § 40 „Finanzierung besonderer Aufgaben des Rundfunkstaatsvertrages“ (Medienstaatsvertrag) wurde nicht umgesetzt. Noch im September 2019 war seitens der ostdeutschen Landesmedienanstalten angekündigt worden, in den Ländern für eine entsprechende Änderung zu werben. Die bisherige, ausschließlich technische Förderung sollte ursprünglich auch auf inhaltliche Förderung ausgedehnt werden, um akut gefährdete Programmveranstalter zu stützen.

Die im Änderungsvorschlag bereits aufgenommenen Vorschläge wurden im aktuell vorliegenden neuen Medienstaatsvertrag allerdings wieder entfernt. „Wir halten diesen Rückzug für einen unverantwortlichen Fehler“, sagt René Falkner, Vorstand im BLTV. „Das Ausbleiben der angekündigten Änderung gefährdet Rundfunkveranstalter in allen Regionen Deutschlands“, so der BLTV-Vorstand.

Deutschland redet, allein Brandenburg handelt

Bisher hat allein das Land Brandenburg Änderungen auf Landesebene angekündigt. §8 (Nr. 12) des Staatsvertrages über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg erlaubt nun die Förderung von Programminhalten, um einem Sendersterben in dem Bundesland entgegenzuwirken.

BLTV begrüßt die Initiative des Landes Brandenburg ausdrücklich, zeigt sich zugleich enttäuscht über die Ignoranz in anderen Bundesländern. „In Brandenburg haben wir die Politik und Landesmedienanstalt von der dinglichen Notwendigkeit einer Inhalte-Förderung überzeugen können. In den meisten anderen Bundesländern bleibt es bisher bei verbalen Wertschätzungen der Leistung des Lokalfernsehens“, so Falkner.

In einzelnen Koalitionsverträgen, wie etwa in Sachsen, war das Lokalfernsehen als schützenswertes Kulturgut klassifiziert worden. In der Praxis wurde dieser Passus jedoch nicht mit Leben gefüllt. Im neuen Koalitionsvertrag im Freistaat ist der explizite Verweis auf das Lokalfernsehen inzwischen wieder verschwunden.

Förderung von Lokaljournalismus statt „Offener Kanäle“

Verwundert sich zeigt Falkner auch über die weitere Förderung der Offenen Kanäle, die in neuen Regierungskoalitionen sogar weiter aufgestockt werden soll. „Die Grundlage der Offenen Kanäle ist inzwischen völlig verschwunden. Sie stammt aus einer Zeit, in der die Bürger eine Chance bekommen sollten, selbst auf Sendung gehen und Medienfunktion austesten zu können. Das ist spätestens seit Facebook und YouTube völlig obsolet“, sagt Falkner. Jeder könne Dank Digitalisierung inzwischen weltweit selbst senden, und das weit professioneller als in den bisher teils massiv geförderten offenen Kanälen in Radio und TV, so der Vorstand. BLTV fordert die Medienpolitik auf, diese Förderbeträge sinnvoll umzuwidmen, etwa zur Förderung von regionalem und lokalem Journalismus.

Politik schaut Sendersterben zu

BLTV weist darauf hin, dass im ablaufenden Jahr weitere lokale TV-Sender ihren Sendebetrieb eingestellt bzw. ihren Sendeschluss angekündigt haben.

„Professioneller lokaler Fernsehjournalismus, der seit Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag für eine lebendige, demokratische Gesellschaft leistet, funktioniert nicht ohne gesellschaftliche Förderung. Unsere Nachbarn in Österreich und der Schweiz haben das längst verstanden, ebenso die Medienpolitik in Bayern mit ihrem besonderen Medienmodell. Die deutsche Medienpolitik fordert in Sonntagsreden eine Sicherung der lokalen Medienvielfalt, schaut in der Praxis aber schon seit Jahrzehnten einem umfassenden Sendersterben zu.“

Mediensterben bedroht die Demokratie

Allein in Ostdeutschland haben in den vergangenen zehn Jahren Dutzende kleiner Fernsehstationen aufgeben müssen. Was das Verschwinden lokaler Medienangebote bedeutet, belegen u.a. die aktuellen Wahlergebnisse und die Veränderungen des gesellschaftlichen Klimas.

Den direkten Zusammenhang zwischen lokalpolitischer Berichterstattung und Wahlen in den Gemeinden belegt u.a. eine Studie von Politikwissenschaftlern der Universität Zürich. (Veröffentlicht im „Journal of Elections, Public Opinion and Parties“ 03/2018). Je weniger etwa Medien über lokale Politik berichten können, desto geringer ist die Wahlbeteiligung in den Gemeinden. Die Wissenschaftler warnen davor, dass die Krise des Lokaljournalismus die Demokratie bedrohen könnte.

Der Vorstand BLTV fordert die Politik auf, umgehend die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Medienvielfalt zu sichern und damit einem wachsenden Vertrauensverlust in die demokratische Grundordnung entschieden entgegenzutreten.

--

Für Interviewanfragen: René Falkner, Vorstand BLTV (rene.falkner@lokal-tv.de)
Tel. 0179 4962845

Über BLTV:

Der Bundesverband Lokal TV (BLTV) e.V. ist die Interessenvertretung der privaten Anbieter von lokalen und regionalen Fernsehprogrammen und Telemedien in Deutschland. Der BLTV steht im Austausch mit der Bundes- und Landespolitik sowie Partnern der Wirtschaft und Medientechnologie.

www.lokal-tv.de

BLTV Bundesverband Lokal TV e.V.

Geschäfts- und Pressestelle

Breite Straße 24

D-13187 Berlin